

Können Kommunen Nachhaltigkeit lernen?

Busso Grabow, kaufmännischer Geschäftsführer, und Martin zur Nedden, ehemaliger Geschäftsführer des Deutschen Instituts für Urbanistik



Kommunen sind Motoren gesellschaftlicher Veränderung und spielen eine wichtige Rolle bei der Transformation hin zu mehr Nachhaltigkeit. Ihre Heterogenität erhöht die Komplexität der Aufgabe, bietet aber gleichzeitig die Chance auf ein breites Spektrum an Lösungen: ein Potenzial, für das die bereits erreichten Erfolge beispielhaft stehen.

Nachhaltigkeit – Bedeutung und Orientierungsrahmen für Kommunen

Nachhaltigkeit ist ein Begriff mit einer langen Geschichte.¹ Bereits vor über 300 Jahren, 1713, hat Hans Carl von Carlowitz im sächsischen Freiberg die Formulierung „nachhaltende Nutzung“ zum ersten Mal verwendet. Der deutsche Kameralist, der als Verfasser des ersten geschlossenen Werks über die Forstwirtschaft gilt, plädierte dafür, knappe Ressourcen effizienter einzusetzen, Rohstoffquellen planmäßig zu sichern und nach Alternativen zu suchen. Über zweieinhalb Jahrhunderte später, 1987, deutete die „Brundtland-Kommission“ der UN den Begriff der Nachhaltigkeit weitaus umfassender: „Den Bedürfnissen der heutigen Generation zu

entsprechen, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen.“ Nachhaltige Entwicklung liegt das Prinzip zugrunde, Ökologie, soziale Gerechtigkeit und Ökonomie als Ganzes zu verstehen und bei politischen Entscheidungen die Fragen zu berücksichtigen, welche Konsequenzen sie haben und wie tragfähig sie für die Zukunft sind.

Fünf Jahre später, 1992, beschlossen 172 Staaten auf dem Weltgipfel von Rio de Janeiro das Aktionsprogramm Agenda 21, das erstmals auch der örtlichen Ebene eine wichtige Bedeutung beimaß und die Kommunen als Akteure benannte: „Da so viele der in der Agenda 21 angesprochenen Probleme und Lösungen ihre Wurzeln in Aktivitäten auf örtlicher

¹ Die Zeitlosigkeit des Begriffs der Nachhaltigkeit, besser: die immerwährende Aktualität, wird besonders bewusst, wenn man der tiefen Verankerung dieses Prinzips in der Kulturgeschichte der Menschheit nachspürt; vgl. Grober, U. (2010): Die Entdeckung der Nachhaltigkeit. Kulturgeschichte eines Begriffs, München.

Ebene haben, ist die Beteiligung und Mitwirkung der Kommunen ein entscheidender Faktor bei der Verwirklichung der Agendaziele.² Aus der Agenda 21 leiteten die Kommunen unter dem Motto „Global denken – lokal handeln“ die Lokale Agenda als ihren eigenständigen Beitrag ab. Am vorläufigen Schlusspunkt dieses Prozesses, dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in New York im Jahr 2015, haben die UN-Mitglieder dann einstimmig die Agenda 2030 mit ihren 17 globalen Zielen für nachhaltige Entwicklung („Sustainable Development Goals“ – SDGs) verabschiedet. Sie bildet – zusammen mit anderen Leitbildern – den heutigen normativen Rahmen für politisches Handeln in Kommunen.

Der kurze historische Exkurs verdeutlicht: Nachhaltigkeit ist kein statisches Leitbild, sondern ein Paradigma, das sich im gesellschaftlichen und politischen Diskurs fortlaufend kulturell anpasst.³ Einige Grundprinzipien sind jedoch beständig: Generationengerechtigkeit und die integrierte Sicht auf die drei Nachhaltigkeitsdimensionen Ökologie, Soziales und Ökonomie. Diese drei Dimensionen der Nachhaltigkeit werden heute immer häufiger durch die vierte Dimension „Kultur“ ergänzt.⁴ Zusätzlich kommen Fragen von Verteilung, Gerechtigkeit und „good governance“ als weitere elementare Bestandteile nachhaltiger Entwicklung hinzu:

Übernahme globaler Verantwortung, Partizipation, bewusste Auseinandersetzung mit Zielkonflikten und die gelingende vertikale Politikintegration.

Nachhaltige Kommunen zeichnen sich dadurch aus, dass Politik und Verwaltung, kommunale Unternehmen, Zivilgesellschaft und Wirtschaft diese Prinzipien konsequent und konsistent als zentrale Leitgedanken ihres Handelns verstehen. Erfreulicherweise wächst kontinuierlich die Zahl der Kommunen in der Bundesrepublik, die dieses Ziel verfolgen. Gleichwohl bleibt noch einiges zu tun, bis die „bloße“ Leitidee auch flächendeckend konsequent das tägliche Handeln bestimmt.

Was sind „Kommunen“?

„Die Kommunen“ sind eine sehr heterogene Spezies und das erhöht die Komplexität der Aufgabe. Die originäre Identität einer Kommune ist bestimmt durch ihre Lage im Raum, ihre Entwicklungsgeschichte, ihre Größe, die Wirtschaftsstrukturen, aber auch die gesellschaftlichen Verhältnisse und viele weitere Aspekte. Ein Beispiel: Die Faktoren, die die Luftqualität beeinflussen, etwa Gewerbeemissionen, Verkehrsemissionen, Fernenträge, sind in allen Kommunen grundsätzlich dieselben. Aber der Grad der Belastung ist stark abhängig von wei

2 Vgl. AGENDA 21. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung, Rio de Janeiro, Juni 1992, Teil 3, Kap. 28.1 http://www.un.org/depts/german/conf/agenda21/agenda_21.pdf

3 Vgl. IFOK GmbH (Hrsg.) (2010): Gemeinsam Fahrt aufnehmen! Kommunale Politik- und Nachhaltigkeitsprozesse integrieren. Berlin/ München, S. 10.

4 Vgl. Brocchi, Davide (2007): Die kulturelle Dimension der Nachhaltigkeit, Cultura21, Köln, https://davidebrocchi.eu/wp-content/uploads/2013/08/2007_dimension_nachhaltigkeit.pdf (20. Juli 2018).

teren Faktoren, etwa der Topographie. Hiervon wiederum hängen die Handlungsoptionen ab, um die Emissionen zu verringern. Stuttgart ist schon aus diesem Grund in einer ganz anderen Situation als Hamburg. Welche Handlungsoptionen einer Kommune zur Verfügung stehen, welche selbstständigen Initiativen möglich sind, hängt auch nicht unwesentlich davon ab, ob sie „kreisangehörig“ oder aber „selbstständig“ ist.

Weiterhin ist die Kommune kein einheitlicher Körper aus einem Guss, sondern immer auch ein kompliziertes Akteursgeflecht: Zu ihnen zählen die Verwaltung – je nach Größe aufgeteilt in verschiedene Verantwortungsbereiche –, Stadtpolitik, kommunale Firmen, die Privatwirtschaft und die vielfältigen Gruppierungen der Zivilgesellschaft, um nur einige zu nennen. Jeder Akteur folgt seiner eigenen Handlungslogik. Wie viel Einfluss einzelne haben und wie sie miteinander kommunizieren, unterscheidet sich von Kommune zu Kommune.

Trotzdem oder gerade deswegen ist die kommunale Ebene von zentraler Bedeutung, um die Nachhaltigkeitsziele umzusetzen. Hier sind die Konsequenzen fehlender Nachhaltigkeit im Handeln direkt wahrnehmbar und das sorgt dafür, dass Handlungsbereitschaft und Akzeptanz für die notwendigen Maßnahmen steigen. Zudem erhöhen die vielfältigen Akteure und der kommunale Diskurs das Potenzial innovativer Lösungen. Schließlich ist es in den Kommunen

und ihren Quartieren am ehesten möglich, Bürgerinnen und Bürger direkt anzusprechen.

Weil die kommunale Landschaft so vielgestaltig ist, gibt es keine Patentrezepte für „die nachhaltige Stadt“. Gleichzeitig bietet sich dadurch aber die große Chance, ein breit gefächertes Spektrum an Lösungen zu entwickeln. Die bereits erzielten Erfolge belegen dieses Potenzial. Um es zu verwirklichen, brauchen die Kommunen allerdings sowohl ausreichenden Spielraum als auch die notwendigen Ressourcen.

Fortschritte und Leistungen auf dem Weg zur „nachhaltigen Stadt“

(Integrierte) Stadtentwicklung verfolgte in der Vergangenheit per se schon immer einzelne Nachhaltigkeitsziele

Die genannten drei – oder auch vier – Nachhaltigkeitsdimensionen wirken gegenseitig intensiv aufeinander ein. Das führt zu einem Potenzial für Synergien, aber auch für Zielkonflikte, nicht nur zwischen den einzelnen Dimensionen, sondern auch innerhalb eines Themenkreises: Will eine Kommune Flächen sparen, so muss sie die Innenstadt nachträglich dichter bebauen lassen. Genauso wichtig sind aber Frischluftschneisen und Grünflächen in Wohnungsnähe und alles gleichzeitig lässt sich nicht gleichermaßen verwirklichen.

Sowohl um Synergien zu mobilisieren als auch um Zielkonflikte gegeneinander abzuwägen, ist eine integrierte Gesamtbetrachtung notwendig – eine nicht grundsätzlich neue Erkenntnis. Bereits in den sechziger und siebziger Jahren setzten die Kommunen auf das Instrument der Stadtentwicklungsplanung. Sie kann damit als Vorläuferin heutiger integrierter Stadtentwicklungskonzepte gelten, wie sie zunehmend häufiger in Kommunen angewandt werden. Doch weil die Bearbeitung so lange dauerte, die Konzepte so detailliert waren und sich gleichzeitig laufend die Rahmenbedingungen änderten, waren die Konzepte häufig bereits zum Zeitpunkt der Fertigstellung überholt und infolge der Komplexität schwierig umzusetzen. Das Instrument

geriet in Misskredit. Vielerorts folgte die Phase des „perspektivischen Inkrementalismus“, oft – und unzulässigerweise vereinfachend – mit dem Schlagwort „Projekte statt Pläne“ gekennzeichnet. Erfolge dieses Ansatzes waren durchaus zu verzeichnen – ein bekanntes Beispiel ist die Internationale Bauausstellung (IBA) Emscher Park, ein Zukunftsprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen, das zwischen 1989 und 1999 den Strukturwandel im nördlichen Ruhrgebiet wirkungsvoll unterstützt hat.

Doch Anfang dieses Jahrtausends wurde immer deutlicher, dass diese „Strategie“ nicht oder zumindest nur sehr begrenzt den komplexen Wirkungszusammenhängen gerecht werden kann.

DER DIALOG „NACHHALTIGE STADT“

Vor Ort entscheidet sich, ob Nachhaltigkeit global funktioniert. Eine integrierte, nachhaltige Stadtentwicklung ermöglicht Mobilität bei nur geringem Verkehr, schafft bezahlbaren Wohnraum, entwickelt neue Quartiere ressourceneffizient – auch im Hinblick auf die Flächennutzung –, stärkt die Zivilgesellschaft und hat bei den kommunalen Finanzen die Generationengerechtigkeit im Blick. Dafür braucht es engagierte Bürger und eine politische Spitze, die sich für die Idee der Nachhaltigkeit einsetzt.

Bereits 2010 hat der RNE deshalb den Dialog „[Nachhaltige Stadt](#)“ ins

Leben gerufen. Regelmäßig tauschen sich Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister aus 30 deutschen Städten zu aktuellen Herausforderungen nachhaltiger Stadtentwicklung aus. Mit gemeinsamen Veröffentlichungen wie den [„Strategischen Eckpunkten für eine nachhaltige Entwicklung in Kommunen“](#) und Positionspapieren zu aktuellen Herausforderungen, etwa zur [Bodenpolitik](#), setzen sie auch bundespolitisch wichtige Impulse für eine kommunale Nachhaltigkeitspolitik. So unterschiedlich die Herausforderungen auch sind, die Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister verstehen sich als

Sprachrohr verantwortungsvoller Kommunalpolitik. Als politisch Verantwortliche setzen sie sich dafür ein, Nachhaltigkeit als Querschnittsthema in Politik und Verwaltung zu integrieren. Mit unterschiedlichen Ansätzen und Beispielen zeigen sie in ihren eigenen Städten vorbildhaft die wichtige Rolle der Kommunen bei der Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele.

Weitere Informationen unter www.nachhaltigkeitsrat.de

In der Folge gewann das Instrument „Integriertes Stadtentwicklungskonzept“ an Bedeutung. So haben die Fördermittelgeber den Kommunen im Zusammenhang mit dem Städtebauförderungsprogramm „Stadtumbau Ost“ abverlangt, ein integriertes Stadtentwicklungskonzept als Fördervoraussetzung zu erstellen. Ein weiterer wichtiger Impuls war der Beschluss der „Leipzig-Charta“ der EU-Minister(innen) für Stadtentwicklung während der deutschen Ratspräsidentschaft im Jahr 2007, die explizit die Bedeutung integrierter Stadtentwicklungskonzepte gerade unter Nachhaltigkeitsaspekten hervorhebt.

Integrierte Stadtentwicklungskonzepte sind heute im Vergleich zu den sechziger Jahren weniger umfangreich und damit schon in dieser Hinsicht praktikabler. Sie behalten aber dennoch ihren themenübergreifenden Charakter bei beziehungsweise entwickeln ihn weiter. Bereits in der Erarbeitung werden alle für die Stadtentwicklung relevanten Akteure, insbesondere auch die Zivilgesellschaft, einbezogen. Dazu setzen die Städte ein breit gefächertes Spektrum an Kommunikationsformaten ein.

Für den Erfolg bedeutsam ist, dass Stadtspitze, Verwaltung und Stadtpolitik sowohl den Erarbeitungsprozess als auch dessen Ergebnis möglichst umfangreich unterstützen. So kann am ehesten gewährleistet werden, dass die Beteiligten die Konzepte über mehrere Wahlperioden hinweg umsetzen. Außerdem ist wichtig, die Konzepte und ihre Umsetzung kontinuierlich zu evaluieren

und sie gegebenenfalls anzupassen. Nicht zuletzt können die Kommunikationsstrukturen, die während des Bearbeitungsprozesses installiert wurden, einen auf Dauer angelegten, also „nachhaltigen“, Diskurs in der Kommune fördern und damit neue Kooperationsstrukturen unterstützen.

Eine Lehre aus der Vergangenheit ist aber auch die Erkenntnis, dass die Herausforderungen für die Kommunen nicht an ihren Grenzen haltmachen. Gerade um das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung zu verfolgen, spielt die interkommunale Zusammenarbeit eine zentrale Rolle – insbesondere in Agglomerationsräumen zwischen Kernstadt und den sie umgebenden Kommunen. Daher ist es umso relevanter, das jeweilige Umland schon in der Erarbeitungsphase integrierter Stadtentwicklungskonzepte einzubeziehen.

Erfolge und Defizite auf dem Weg zur nachhaltigen Stadt

Eingangs wurde deutlich: Das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer nachhaltigen Entwicklung und daran orientiertes Handeln sind in den Kommunen vielfach schon lange Zeit verankert und gehören vielerorts sozusagen zur kommunalen DNA. Konkrete Belege dafür gibt es mannigfach durch

- » **viele Daten und Statistiken**, wie etwa die zunehmende Nutzung und Produktion erneuerbarer Energien in den Kommunen oder die wachsende Anzahl der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren.

- » **viele qualitative Indikatoren** – so ist Nachhaltigkeit bereits vielfach Thema in den kommunalen Räten,¹ in vielen Städten und Gemeinden gibt es aktive Klimaschutzmanager, Nachhaltigkeitsberichte werden erstellt, Beteiligungsverfahren sind inzwischen eher die Regel als die Ausnahme. Bemerkenswert sind auch die herausragenden Aktivitäten in der Unterbringung, Betreuung und Integration von Geflüchteten.
- » **die Ergebnisse verschiedener Wettbewerbe**, in denen nachhaltig agierende Kommunen ausgezeichnet werden.
- » **Willensbekundungen vieler kommunaler Akteure** – dies reicht von der Unterzeichnung der Aalborg-Charta 1994 bis hin zur Unterzeichnung der Musterresolution des Deutschen Städtetages „2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“; viele Kommunen haben politische Beschlüsse zur Verfolgung von Nachhaltigkeitszielen und wirken an Stakeholder-Dialogen mit (etwa am OB-Dialog beim Rat für Nachhaltige Entwicklung).
- » **Integrierte Stadtentwicklungskonzepte, Ansätze und Sichtweisen** müssen noch weiter an Verbreitung gewinnen.²
- » Es gibt **Managementdefizite** und damit Defizite in der strategischen Steuerung.
- » **Einzelne Nachhaltigkeitsthemen** sind den Entscheidungsträgern noch zu wenig bewusst, beispielsweise die Themen Armut (als kommunales Thema), generationengerechte Finanzierung oder die Übernahme globaler Verantwortung.
- » **Politische Zielwerte** werden in den Kommunen häufig weder erreicht noch ist absehbar, dass sie innerhalb eines überschaubaren Zeitraums erreicht werden (Beispiele: Feinstaubbelastung, Kinderarmut, Kinderbetreuung für unter Dreijährige, Flächensparziel 30 ha ...).
- » Kommunen sind **dauerhaft strukturell unterfinanziert**,³ daher tätigen sie Investitionen zu selten unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit.

Dies sind nur einige Aspekte – genauso wie die Aufzählung der bisher erreichten Erfolge. Sie zeigt aber auch, dass die Kommunen bei einer Reihe von Themen abhängig von übergeordneten Ebenen sind. Gleichzeitig wird der „Lernbedarf“ deutlich.

Trotz aller erfreulichen Entwicklungen ist allerdings offensichtlich, dass noch einiges zu tun bleibt:

¹ 55 % der befragten Kommunalpolitiker gaben an, dass das Thema nachhaltige Entwicklung eher häufig oder sehr häufig im Rat ihrer Kommune diskutiert werde; vgl. Honold, J. (2017): Ergebnisse einer Befragung von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern, in Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Monitor Nachhaltige Kommune, Bericht 2017, S. 62.

² Vgl. etwa Grabow, Busso und Honold, J. (2017): Transformation zur Nachhaltigkeit in Kommunen – empirische Befunde. In: Heinrichs/Kirst/Plawitzki (Hrsg.) (2017): Gutes Leben vor Ort, Berlin, S. 7–12, oder Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung; Wüstenrot Stiftung (Hrsg.) 2017a, S. 15.

³ Grabow, Busso (2013): Kommunale Finanz- und Investitionspolitik: strategisch und nachhaltig. In: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.) (2013): Urbane Räume in Bewegung, Berlin, S. 202 f.

Kommunen als Lernorte

Kommunen sind die zentralen Lernorte für Nachhaltigkeit – in mehrfacher Hinsicht. Sie sind lernende Systeme in dem Sinne, dass sie das Wissen um Nachhaltigkeit selbstständig erweitern können, indem sie Erfahrungen mit vorhandenem Wissen verknüpfen und so letztlich wieder in politisches, administratives und zivilgesellschaftliches Handeln umsetzen.

In einem lernenden System sind alle – Politik, Verwaltung, kommunale Unternehmen, Zivilgesellschaft, Wirtschaft – Lernende und Informations-/Wissensgeber zugleich. Idealtypisch lernen kommunale Akteure von Denkanstößen ihrer Zivilgesellschaft, diese lernt wiederum von vorbildhaftem kommunalem Handeln und an kommunalen Lernorten im Sinne einer Bildung für nachhaltige Entwicklung. Kommunen sind Initiatoren und Impulsgeber, die Nachhaltigkeitsziele und Visionen kommunizieren und die Umsetzung moderieren.¹ Sie unterstützen Nachhaltigkeitsprozesse und Lernprozesse in der Gesellschaft.

Um lernen zu können, ist Wissen nötig und dieses Wissen kommt von innen und von außen (vgl. Punkt 5 „Vernetztes Lernen“). Gleichzeitig ist das gemeinsame Verständnis von Nachhaltigkeit² elementare Voraussetzung, um zukunftsfähige

und lebenswerte Städte, Gemeinden und Regionen zu schaffen.

Die Lernfelder sind vielfältig. Alle, die für kommunale Nachhaltigkeit Verantwortung tragen oder tragen wollen, benötigen

- » **Wissen um und über Nachhaltigkeit in den verschiedensten Feldern** wie Klimaschutz, Mobilität, soziale Gerechtigkeit und vielen mehr.
- » **Managementwissen:** Dazu gehören unter anderem Kenntnisse im strategischen und operativen Management, Organisationsfragen und die Bereitschaft, sich mit den **bereits oben angesprochenen Zielkonflikten auseinanderzusetzen**. Zielkonflikte sind jedem Nachhaltigkeitsansatz inhärent; notwendig ist ein „Nexus-Denken“³, d. h. ein Verständnis von Zusammenhängen, Abhängigkeiten und Gleichzeitigkeit der SDGs.
- » **eine gelingende Kommunikation**, um zu einem gemeinsamen Verständnis von Nachhaltigkeit zu kommen. Dabei helfen horizontale Koordination und Kooperation zwischen Ressorts von Verwaltungen, funktionierende Netzwerke zwischen öffentlicher Hand, kommunalen Unternehmen, Zivilgesellschaft und Wirtschaft sowie die Einbeziehung von Kommunikationsexperten.

¹ Rat für Nachhaltige Entwicklung (Hrsg.) (2015): Städte auf Kurs Nachhaltigkeit. Wie wir Wohnen, Mobilität und kommunale Finanzen zukunftsfähig gestalten, Berlin, S. 85.

² Vgl. ebd., S. 79.

³ Vgl. Umweltbundesamt (Hrsg.) (2017): Auswertung der Agenda 2030 und Folgeaktivitäten hinsichtlich ihres kommunalen Bezugs. Dessau/Roßlau, S. 19.

Um Fortschritte auf dem Weg zur Nachhaltigkeit machen zu können, reicht es nicht, lernen zu wollen und zu können. Auch Rahmenbedingungen müssen nachhaltiges Handeln möglich machen. Dazu gehören insbesondere ein reformiertes zukunftsfähiges Gemeindefinanzsystem, die Anpassung einer Vielzahl von Rechtsnormen, die Vergrößerung von Spielräumen für experimentelle Pilot- und Modellvorhaben und eine gelingende vertikale Integration der Nachhaltigkeitsaktivitäten von EU, Bund, Ländern und Kommunen.⁴ Diese drängenden Herausforderungen sind kein deutsches Spezifikum, sondern weltweit ein Thema. Als wesentliche Hindernisse bei der nachhaltigen Entwicklung in Städten werden genannt: „limited political and fiscal power, lack of access to development finance, low level of institutional capacity, absence of robust multi-level government cooperation and integration ...“⁵

Vernetztes Lernen

„Wenn es um nachhaltige Entwicklung geht, ist Abschreiben und Kopieren zwischen Städten nicht verboten, sondern sehr erwünscht und produktiv. Wir wollen und müssen durch die und mit den Erfahrungen anderer wachsen.“⁶

Die unterschiedlichen Ansätze der Kommunen, eine nachhaltige Entwicklung zu verfolgen,

lassen einen großen Instrumentenkasten entstehen. Auch wenn die eine Kommune eine Maßnahme, die eine andere Kommune entwickelt hat, an ihre jeweiligen örtlichen Rahmenbedingungen anpassen muss: Indem sie von anderen lernt (sowohl von negativen wie auch positiven Erfahrungen), trägt das dazu bei, die eigenen Ressourcen effizienter einzusetzen und neue Ideen zu fördern.

Damit das gelingt, braucht es Austauschformate, die dazu beitragen, nicht nur die Kommunen, sondern letztendlich alle gesellschaftlich relevanten Akteure zu vernetzen und dabei den Kenntnishorizont zu verbreitern. Hier sind Bund, Länder und Kommunen gleichermaßen gefordert und es ist in den letzten Jahren auch viel geschehen. Neben den „klassischen“ Druckerzeugnissen spielen die digitalen Medien eine immer größere Rolle. Angefangen bei der Internetrecherche über Videokonferenzen bis hin zum E-Learning stellen sie eine wichtige Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch und zur Diskussion dar.

Trotz dieser neuen Wege behalten „Face-to-Face-Kontakte“ bei Netzwerktreffen, (Fortbildungs-) Veranstaltungen, aber auch Gremiensitzungen, zum Beispiel der kommunalen Spitzenverbände, ihren hohen Stellenwert.

⁴ Deutsches Institut für Urbanistik (Bearb.), Rat für Nachhaltige Entwicklung (Hrsg.) (2011): Städte für ein nachhaltiges Deutschland. Gemeinsam mit Bund und Ländern für eine zukunftsfähige Entwicklung, Berlin, S. 60 ff.

⁵ Vgl. Sustainable Development Solutions Network (Hrsg.) (2016): Getting Started with the SDGs in Cities. A Guide for Stakeholders, S. 12.

⁶ Vgl. OB a. D. Dr. Dieter Salomon, Freiburg, in Deutsches Institut für Urbanistik (Bearb.), Rat für Nachhaltige Entwicklung (Hrsg.) (2011): Städte für ein nachhaltiges Deutschland. Gemeinsam mit Bund und Ländern für eine zukunftsfähige Entwicklung, Berlin, S. 51.

Wettbewerbe wie „Klimaaktive Kommune“ oder der Deutsche Nachhaltigkeitspreis sind Ansporn und verbreitern die Kenntnis über „Best Practice“. Der European Energy Award reflektiert den Stand der Bemühungen, gibt Anstöße zu deren Weiterentwicklung und fördert die Vernetzung der kommunalen Akteure.

Fazit

Kommunen sind von zentraler Bedeutung, um das Ziel der Transformation der Gesellschaft im Sinne der Nachhaltigkeit zu erreichen – gemäß ihrer Rolle als Motoren gesellschaftlicher Entwicklung. Sie sind Orte erheblicher Beeinträchtigungen von Determinanten der Nachhaltigkeit. Kommunen sind einerseits Verursacher von Problemen und andererseits deren Opfer. Vor diesem Hintergrund können sie maßgeblich dazu beitragen, Belastungen zu reduzieren, und weisen das große Potenzial auf, diese Herausforderungen zu bewältigen. Einiges ist schon erreicht, trotzdem müssen sich alle Beteiligten weiter und noch verstärkt anstrengen auch durch die Aktivierung derjenigen, die mehr als bisher zur Gestaltung nachhaltiger Lebenswelten beitragen sollten.

Kommunen sind nicht uniform, sondern vielgestaltig. In der Konsequenz werden maßgeschneiderte Konzepte und darauf basierende Maßnahmen benötigt, um den jeweiligen örtlichen Gegebenheiten optimal Rechnung tragen zu können. Trotzdem gibt es generelle Grundlagen

für den Erfolg. Hierzu gehören in erster Linie die Bereitschaft und die Fähigkeit zum integrierten Denken und Handeln, die in integrierten Stadtentwicklungskonzepten ihren Ausdruck finden. Um sie zu erarbeiten und umzusetzen, müssen bei der Stadtentwicklung alle für sie relevanten Akteursgruppen eingebunden werden und interkommunal zusammenarbeiten. Transparenz, um Strategieinhalte und Maßnahmen zu begründen, ist unverzichtbar. Genauso wichtig ist es, zwischen widerstreitenden Zielen sorgfältig abzuwägen.

Nur durch kontinuierliche Evaluation und gegebenenfalls Weiterentwicklung von Konzepten und Maßnahmen lässt sich Nachhaltigkeit mittel- und langfristig gewährleisten. Dazu müssen alle Akteure lernbereit sein, offen, eigene Positionen zu überprüfen, und Möglichkeiten haben, ihre Erfahrungen auszutauschen. Kommunen sind die zentralen Lernorte der Nachhaltigkeit.

Die Kommunen werden ihrer Rolle aber nur gerecht werden können, wenn Europäische Union, Bund und Länder die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen: unter anderem ausreichende finanzielle Ressourcen und rechtliche Spielräume, um Innovationen zu entwickeln und umzusetzen. Auch müssen sie die Kommunen in die Diskussions- und Entscheidungsprozesse der übergeordneten Ebenen einbinden.

Die Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte zeigen trotz der fraglos nach wie vor bestehenden

großen Herausforderungen, dass die Kommunen sowohl inhaltlich als auch instrumentell bereit und in der Lage sind, aufbauend auf gesammelten Erfahrungen die notwendigen Schritte für eine nachhaltige Entwicklung zu unternehmen und damit ihrer Verantwortung für die Gesellschaft gerecht zu werden.



Dieser Beitrag wurde im „Deutschen Nachhaltigkeitsalmanach 2018: Thesen und Taten. Transformation!“ veröffentlicht. Die vollständige Publikation finden Sie auf der Webseite des Rates für Nachhaltige Entwicklung unter www.nachhaltigkeitsrat.de